

**Auszug aus der Niederschrift
über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 26.09.2019**

Zu TOP : 7.8

Brandschutz und die Technische Hilfeleistung in der Marinetechnikschule Parow

Einreicher: Bernd Buxbaum DIE LINKE

Vorlage: kAF 0115/2019

Anfrage:

1.

Wie hoch sind die Ausgleichszahlungen und sind die Ausgleichszahlungen zwischenzeitlich angepasst worden?

2.

Gibt es derzeit Verhandlungen diese Ausgleichszahlungen anzupassen? Wenn ja, ab wann werden diese wirksam und wie hoch werden diese Ausgleichszahlungen künftig sein?

3.

Hat die Hansestadt Stralsund einen Brandschutzbedarfsplan beschlossen?

Herr Peters beantwortet die Anfragen wie folgt:

Der Brandschutz und die Technische Hilfeleistung in der Gemeinde Kramerhof werden gemäß einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Kramerhof und der Hansestadt Stralsund durch die Feuerwehr der Hansestadt Stralsund sichergestellt. Hierin inbegriffen ist auch die Liegenschaft der Marinetechnikschule Parow, welche sich auf Gemarkung der Gemeinde Kramerhof befindet. Die Vereinbarung besteht seit dem Jahr 2004 in unveränderter Form. Für die Sicherstellung der Erfüllung der gemeindlichen Pflichtaufgaben erhält die Hansestadt Stralsund jährlich einen Pauschalbetrag in Höhe von 16.600,- EUR. Zum Jahresende 2019 wurde die Vereinbarung frist- und formgerecht durch die Hansestadt Stralsund gekündigt, mit dem Ziel eine neue Vereinbarung entsprechend der aktuellen rechtlichen Grundlagen mit dann angepasstem Pauschalbetrag zu erwirken. Da diese Vereinbarung noch nicht abschließend mit der Gemeinde Kramerhof abgestimmt ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt keine öffentliche Aussage zur zukünftigen Höhe des Pauschalbetrages getätigt werden.

Zu der dritten Frage teilt Herr Peters mit, dass ein Brandschutzbedarfsplan für die Hansestadt Stralsund erstellt wird. Dieser befindet sich gerade in der Endabstimmung zwischen dem Sachverständigenbüro und der Verwaltung. Es ist geplant den Brandschutzbedarfsplan noch in diesem Jahr, spätestens jedoch im ersten Quartal 2020 durch die Bürgerschaft beschließen zu lassen.

Herr Buxbaum vermutet, dass sich der Wert des Pauschalbetrages erhöhen wird und fragt nach der Höhe.

Herr Peters erklärt, dass es eine Erhöhung geben wird. Diese wird jedoch nicht unangemessen sein.

Herr Buxbaum verzichtet auf die beantragte Aussprache.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Gremiendienst

Stralsund, 07.10.2019